

Herrn
amtsführenden Stadtrat
der Geschäftsgruppe
Finanzen, Wirtschaft, Arbeit,
Internationales und Wiener Stadtwerke
KommR Peter Hanke

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Mag. Manfred Juraczka (ÖVP), Markus Grießler (ÖVP), Markus Gstöttner, MSc (ÖVP), Margarete Kriz-Zwittkovits (ÖVP) und Dr. Markus Wölbitsch-Milan, MIM (ÖVP) an Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke KommR Peter Hanke zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke) für den Gemeinderat am 27.06.2023 - 28.06.2023.

Abschaffung des Valorisierungsgesetzes

Im Gefolge der Corona-Pandemie und des Kriegs in der Ukraine ist die Inflationsrate in Österreich deutlich angestiegen. Bedingt durch die Unsicherheit über die weitere Entwicklung in Europa bzw. auf den Weltmärkten ist mit keinem baldigen Ende der Teuerungswelle zu rechnen. Die massiven Preissteigerungen erhöhen die Lebenshaltungskosten der Bevölkerung, ärmer Haushalte und der Mittelstand sind davon überdurchschnittlich betroffen. Umso unverständlicher ist es, dass die Stadt Wien in ihrem eigenen Wirkungsbereich an der Inflationsspirale dreht und das Leben der Wienerinnen und Wiener verteuert.

Aufgrund des Wiener Valorisierungsgesetzes wurden bereits per Jänner 2022 und Jänner 2023 die Gebühren für Wasser, Abwasser und Müll sowie die Gebrauchsabgaben erhöht. 2022 und 2023 zusammengerechnet addieren sich die daraus resultierenden Belastungen für die Haushalte und die Wirtschaftstreibenden auf rund 270 Mio. Euro. Per Jänner 2024 ist unter Anwendung des Valorisierungsgesetzes eine weitere Erhöhung dieser Gebühren möglich. Wenn das allgemeine Preisniveau so wie in den vergangenen Jahren und Monaten massiv steigt, sollte die Wiener Stadtregierung auf eine automatische Anhebung der Gebühren verzichten, umso mehr, als laut Rechnungshof Überschüsse erzielt werden und keine schlüssigen Kostenkalkulationen vorliegen.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat appelliert an die Wiener Stadtregierung, von weiteren Tariferhöhungen im Jahr 2023 Abstand zu nehmen und spricht sich mit Nachdruck für eine Abschaffung des Wiener Valorisierungsgesetzes aus.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

27.06.2023

